

Aus der politischen Woche

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst**

Band (Jahr): **16 (1926)**

Heft 32

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nun mag die Luft endlich wieder rein sein, denkt Fritz und bezieht nochmals seinen Lauerposten am Fenster. Er horcht auf: Das Nachtlied!

„Die Abendglocken rufen
Das weite Tal zur Ruh'...“

Wahnen sie da unten wohl, daß er irgendwo in einer finsternen Ecke zuhört? Das Lied tönt so fein und so herausfordernd sicher, daß es Fritz scheinen will, eine heimliche Schadenfreude klinge aus dem wohlgelungenen Gesang zu ihm herauf. Und obendrein hört er nun noch sein Kellergedicht — von einem anderen vorgetragen. Das konnte nur der Wenger sein, den er bei der Gedichtauswahl überboten und ausgestochen hatte. Der Tonfall verrät ihm, was Wenger eben spricht:

„... Sie sieht es und sie lacht:
Was geht da für ein Zwerglein...“

Fritz Wahmann denkt an keine Lüge mehr. Als würde sich ihm eine fremde, derbe Hand in die Kehle krallen, so ist ihm zumute. Er fühlt sich ausgeschlossen, einsam, und ein anderer erntet, was er sich aus lauter Eigentrost versagt hat.

Er starrt in das erleuchtete Grün der Ulme hinab und horcht weiter. Selbstquälerisch verharret er und will alles hören, bis zum letzten Lied.

Und unten im hellen Saale strahlen die Gesichter. Herzhaft und innig wird gelungen:

„... Schlaft in Ruh'!
Gute Nacht und süße Ruh;
Gottes Liebe deckt euch zu!“

Nicht enden wollendes Klatschen. „Wiederholen! Wiederholen!“

Oben im Schlafsaal birgt sich einer unter den Rand der Bettdecke und schluchzt ins Rissen hinein — so sehr hat ihn die Zwerggestalt seines Königtums erschreckt.

Gottfried Seb.

Aus der politischen Woche.

Poincaré, der Erretter.

Ob er diesen Titel wirklich verdient? Bis zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, ist der Erfolg ganz auf seiner Seite. Man muß sich vergegenwärtigen, in welcher Situation Frankreich war, als er die Regierung übernahm, und wie heute, acht Tage später, die Dinge stehen.

In einem ganz unmöglichen Augenblick glaubte Herriot, die Rechte der Demokratie und die Herrschaft des Kartells durch einen Regierungsturz retten zu müssen. Caillaux hatte vom Parlament Handlungsfreiheit zur Durchführung der dringendsten finanziellen Maßnahmen verlangt. Er hatte diese Vollmachten nötig, weil er nach den gemachten Erfahrungen mit dem Parlament nie zu einem guten Ziele gekommen wäre. Die Rechte trieb Obstruktion gegen den Mann, der ihr verhaßt war; die Linke mißtraute ihm, weil er nicht ihr Mann sein wollte, nicht sein konnte (Caillaux lehnte die Vermögensabgabe ab). Die Verwirrung stieg von Stunde zu Stunde, der Franken sank unablässig; ein Gerücht jagte das andere; die öffentliche Meinung beunruhigte sich; Panikstimmung lag in der Luft.

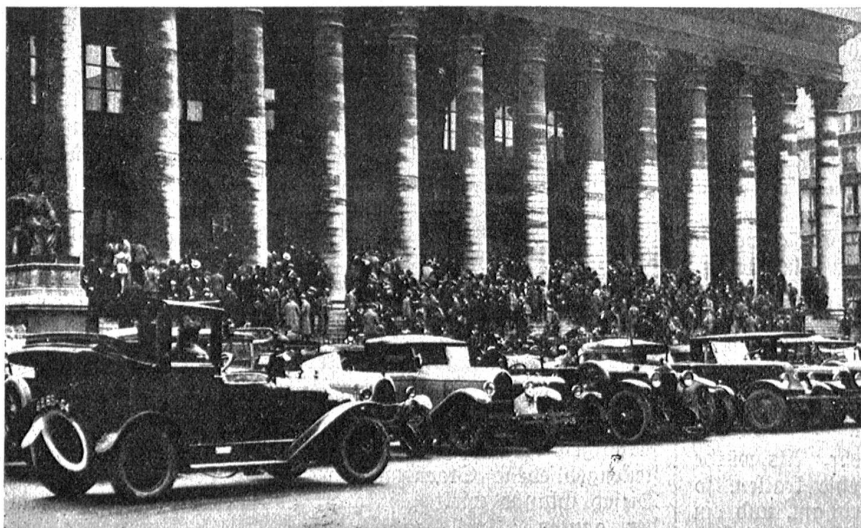
Und ausgerechnet in diesem Momente griff Herriot ein. Er, der Mann, den schon einmal der Widerstand der Finanz gestürzt hatte, der als Freund der Sozialisten dem eigentumsängstlichen Bürgertum verdächtig ist, er wollte den verfahrenen Staatswagen wieder ins rechte Geleise stellen. Ein ganz unmögliches Unterfangen. Die Hochfinanz hatte leichtes Spiel mit ihm. Es war ihr nicht schwer, eine plötzliche Frankenbaïsse zu inszenieren, die genügte, dem Publikum die Angst in die Knochen fahren zu lassen. Jedermann sah den Franken unaufhaltbar abwärts gleiten in den Abgrund — für die meisten Leute ist ja die Währung ein Mysterium, dem die Menschen machtlos gegenüberstehen —

und jedermann suchte nun so rasch wie möglich den Franken loszukommen. Die Banken wurden förmlich belagert; ihrer viele mußten zeitweise ihre Türen schließen, um der anstürmenden Menge Meister zu werden. Die Panik war da. Daß Herriot der Schuldige war, lag klar am Tage; denn der katastrophale Frankensturz war mit seinem Auftreten verbunden. Die Menge zog drohend vor das Palais Bourbon, wo die Kammer gerade Herriots Erklärungen anhörte und sich mit ihm um die Grundsätze der Finanzreform herumstritt. „Nieder mit Herriot! Es lebe Poincaré!“ so schrie draußen die 5000köpfige Menge, und drinnen mußten die Abgeordneten, was sie Herriot für eine Antwort geben sollten. Herriot fiel, die Macht ging an Poincaré über. Was die Geldmagnaten erstrebt, war Faktum geworden.

Die Blyche der Zeit ist Poincaré zweifellos günstig gestimmt. Man fühlt, daß er der Vertrauensmann der Geldmächtigen ist und glaubt, daß es ihm gelingen werde, die stedengebliebene Staatsmaschine wieder in Gang zu setzen. Dieser Glaube wirkt sich sofort aus in der Presse und in der ganzen öffentlichen Meinung. Die „Atmosphäre des Vertrauens“ ist plötzlich da, wie wenn der Wind die Wetterwolke verjagt hat und der blaue Himmel wieder über der Landschaft strahlt. Der ganze heute an die Börse gebundene Geldapparat ist eben so mimosenhaft mit der öffentlichen Stimmung verschaltet, daß ein Druck auf den Schalkknopf im Bureau des Großfinanziers genügt, um über ein Land wirtschaftlichen Sturm oder schönes Wetter ziehen zu lassen.

Es erschien dieser Tage eben recht wie eine Beweisführung für die These von der Verknüpfung von Politik und Hochfinanz das Buch eines schweizerischen Politikers. „Die imperialistische Politik im fernen Osten“ betitelt sich dieses Buch. *) Der Verfasser, Herr Nationalrat Ernst Reinhard, Präsident der Schweiz, sozialdemokratischen Partei, hat sich die Aufgabe gestellt, die Grundzüge der weltpolitischen Entwicklung im fernen Osten, d. h. in China, Japan, Hinter- und Vorderindien, klarzulegen. Er hat ein weitschichtiges Material mit großem Fleiß und mit nicht alltäglichem Geschick verarbeitet, und zwar so verarbeitet, daß der Zusammenhang zwischen den Expansionsaktionen der finanziellen Machtgruppen in den imperialistischen Ländern Europas, Amerikas und Asiens und den wichtigsten politischen Ereignissen der Neuzeit klar zu Tage tritt. Es ist zu erwarten, daß dieses Buch in politischen Kreisen des In- und Auslandes starke Beachtung finden wird, weil es wirklich überzeugend und zugleich leicht lesbar die großen weltpolitischen Linien zieht und dabei Erkenntnisse pflanzt, die verdienen, daß sie Gemeingut der gebildeten Welt würden. Gewiß, es kann den Völkern aller Länder nicht eindrücklich genug vor Augen gestellt werden, wie sehr sie das Werkzeug in der Hand einiger weniger Geldkönige sind und von diesen zu eigennütigen Erwerbsaktionen mißbraucht werden. Die meisten Kriege sind großzügige Unternehmungen von Finanzgruppen, die nichts weniger als das Wohl der Völker im Auge haben. Reinhard geht die Gedankengänge der marxistischen Schule; in der Methode und im Stil vielleicht glücklicher als viele seiner Gesinnungsfreunde. Noch vermischen wir bei ihm aber die klare Erkenntnis der Mächte, deren Spiel er zu ergründen sucht. Er steckt noch in der Befangenheit der sozialistischen Doktrin, wenn er die Begriffe Kapitalismus und Kapital anwendet. Es klingt noch etwas mit von dem falschen ethischen Pathos des sozialistischen Redners, das immer Schlechtigkeit und Bosheit glaubt strafen zu müssen. Er hat gewiß unsere Zustimmung, wenn er das an China verübte Unrecht — der chinesischen Frage ist der Hauptteil des Buches gewidmet — geißelt und die europäische Öffentlichkeit zum Widerstande gegen die imperialistischen Absichten der Großmächte aufruft, indem er die Rache des erstarrten und emanzipierten künftigen Chinas vor uns her-

*) Verlag Ernst Bircher A.-G., Bern und Leipzig, 234 Seiten Oktav mit neun Kartenstücken.



Hochkonjunktur an der Börse in Paris. — Ständig wartende Autos der Börsenmakler vor der Börse in Paris.

aufbeschwört. Aber mit dieser Warnung hat er die Frage, die sein Buch am Anfang und am Schluß aufrollt: Was sollen wir tun? Welche Kräfte bieten sich uns, um bewußt und mitbestimmend einzugreifen? noch nicht gelöst. Wer in die große vom Kapitalismus bestimmte Gegenwartsentwicklung „mitbestimmend“ eingreifen will, muß über den Begriff des Kapitals und des Kapitalismus zu mehr als marxistischen Erkenntnissen vorgedrungen sein. So kann der Verfasser wohl das Uebel aufdecken, aber er kann es nicht wirksam bekämpfen. Die Aufgabe bleibt ungelöst. — — —

Nach dieser Abschweifung zu Poincaré zurück!

Bisher scheint dem neuen Finanzminister alles aufs beste gelingen zu wollen. Unter drei Malen schon hat die Kammer mit einer glänzenden Mehrheit seine Maßnahmen gebilligt; das letzte Mal, als sie mit 304 gegen 177 sein Gesamtprojekt annahm nach einer einzigen kurzen Sitzung. Das ist ein Erfolg, wie ihn vor Poincaré keinem der vielen vorangegangenen Finanzminister beschieden war. Und doch kann Poincarés Programm in keiner Hinsicht genial genannt werden. Es unterscheidet sich von Caillaux' Projekt eigentlich nur darin, daß es zuerst das Budget ins Gleichgewicht bringen und erst nachher den Franken stabilisieren will, während dieser umgekehrt zuerst die Währung festigen und dann erst Einnahmen und Ausgaben bilanzieren wollte. Nach menschlicher Logik hatte Caillaux recht. Denn wie kann man in ein Haushaltsbudget Zahlen einsetzen, wenn man nicht weiß, was für ein Geld man morgen in den Händen haben wird? Doch die Tatsachen scheinen auch hier Poincaré recht zu geben. Was noch zu Caillaux' Zeiten ein aussichtsloses Unterfangen gewesen wäre, nämlich mit Zustimmung der Kammer neue Ausgaben und zu ihrer Deckung neue direkte und indirekte Steuern zu dekretieren im Betrage von einigen Milliarden, das hat in wenigen Tagen Poincaré zustande gebracht. Erhöhung der Pensionen wurde beschlossen, aber auch Erhöhung der Abgeordneten-Diäten von 27,000 auf 45,000 Franken — beim Kurs von 13 Schweizerfranken für 100 französische wahrlich keine verfrühte Maßnahme; auch so bleibt die Abgeordnetenbesoldung immer noch um zwei Drittel hinter ihrem normalen Geldwert zurück. Jedes Ansteigen des Frankens muß die Deputierten dem gegenwärtigen Regierungschef und Finanzminister günstig stimmen.

Und der Franken steigt immer noch; er ist nahe bei 14, nachdem er unter Herriot mit nahezu 10 den tiefsten Punkt erreicht hatte. Solange der Franken steigt, glaubt Poincaré keinen Grund zu haben, ihn stabilisieren zu sollen. Seine Meinung ist die, daß der französische Franken größeren inneren Wert habe, als der Wechselkurs dies heute wahrhaben will, und er will den Augenblick abwarten, bis der Franken seinen natürlichen Wert wieder gewonnen habe. Diese Kund-

gebung ist auf die Bitte der Masse gemünzt. Natürlich kauft jetzt das Publikum eifrig Franken zurück, da er ja noch kaufkräftiger werden soll nach Poincarés Versicherung. Die Nachfrage nach Franken steigert so dessen Kurs, und es ist gut möglich, daß die Hausse noch eine geraume Zeit andauert.

Nicht ganz klar wird man aus der Meldung, daß die Erbschaftsteuer beitragen solle an der Vermehrung der Einnahmen; früher las man, daß Poincaré die Erbschaftsteuer, wie überhaupt jede „schikanöse“ Belastung des Vermögens, abbauen wolle, damit das geflüchtete Kapital wieder zurückkehre. Hohe Erbschaftssteuern werden es aber sicher nicht zur Heimkehr bewegen.

Auch der andere Programmpunkt Poincarés, die Nichtanerkennung des Schuldenabkommens mit Amerika, paßt nicht recht ins Bild seines Erfolges. Ist dieser echt und dauernd, dann stimmt die

These von Morgans Rolle nicht, dann hat sich also Frankreich aus eigener Kraft geholfen und braucht die ausländischen Kredite nicht, die Caillaux noch zur *conditio sine qua non* machte. Noch hat Poincaré, wie gesagt, das große Werk der Stabilisierung des Frankens nicht in Angriff genommen. Hier erst wird es sich zeigen, ob er wirklich der Sieger ist, den uns die Ereignisse der letzten Tage glaubhaft machen wollen.

Die deutsch-französische Verständigung

scheint im Anmarsch zu sein. Poincaré hat Briand zum Außenminister gemacht und ihm in der Außenpolitik freie Hand gelassen. Man weiß: das bedeutet Fortsetzung der Locarno-Politik. Darum auch verhalten die Warnrufe der deutschen Nationalisten beim Regierungsantritt Poincarés in deutschen Regierungskreisen wirkungslos. Mehr als je sind die führenden Männer Deutschlands überzeugt, daß die Befreiung von Versailles und dem Dawes-Joch über die Verständigung mit Frankreich geht. Sie sehen in Frankreich die Erbitterung gegen den amerikanischen Schloß wachsen; sehen sogar den Mann der Ruhrbesetzung in Opposition gegen Mellon. Die Industriellen beider Länder haben sich bereits die Hand gereicht zu einem Wirtschaftsabkommen größern Stils; das Abkommen hebt in der Eisen- und Stahlindustrie Deutschlands und Frankreichs den Konkurrenzkampf faktisch auf; deutsche Kohle verhüttet friedlich französische Erze. Schon haben die englischen Industriellen ihre Mitarbeit angeboten.

Hier haben die deutsch-französischen Regierungsverhandlungen nur weiterzufahren. Schon spricht man offen und unwidersprochen von der Revision des Dawesplanes als von einem Anfang des Umsturzes des Versailler Vertrages. Die heutigen Franzosen, vielleicht Poincaré eingeschlossen, haben erkannt, daß es sinnlos ist, dem besiegten Feinde ein Schuldenjoch aufzuzwingen, das man gemeinsam mit ihm für einen Dritten tragen muß, wobei der provozierte Haß des Unterdrückten für den Unterdrückter gefährlich werden kann. Darum bekennet sich Briand heute schon ganz offen für die Idee der „Vereinigten Staaten Europas“ und tritt er so warm für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ein.

Und von Berlin kommt das Echo. Kaum einen Monat nach der Luxemburger arbeitenden Konferenz deutscher und französischer Wirtschaftler ergeht von der deutschen Hauptstadt eine neue Kundgebung. Für europäische Verständigung ruft sie auf und für die positive Zusammenarbeit auf kulturellen und wirtschaftlichem Boden aller europäischen Völker. Die bedeutendsten deutschen Politiker der Regierungsrichtung sind diesmal unter den Unterschreibenden; so Marx, Stresemann, Luther, Wirth u. a. Das darf man als ein günstiges Omen für die Völkerbundstagung im September begrüßen.